

## Ein neuer Erfolg des Reichskanzlers.

Die Fortschrittspartei hat in ihrer Feindschaft gegen den Fürsten Bismarck eine recht empfindliche Niederlage erfahren. Seit Jahr und Tag hat der Reichskanzler sich angelegen sein lassen, die Erfüllung einer von der Reichsverfassung ausgesprochenen Voraussetzung herbeizuführen, nämlich daß der Eintritt der Freien Städte Hamburg und Bremen in das deutsche Zollgebiet in Folge des von ihnen zu stellenden Antrags statfinde. In Hamburg und Bremen selbst hat man nicht in demselben Maße die Nothwendigkeit der zollpolitischen Einigung Deutschlands empfunden, wie dies naturgemäß von Seiten des Begründers der politischen Einheit des Reichs geschah, welcher berufen ist, die Einheit, wo sie vorhanden ist, zu bewahren, wo sie nur verheißen ist, zu verwirklichen. Der Kanzler war sich seiner Pflicht bewusst, im Interesse des Reichs die beiden Freien Städte an die Erfüllung jener Voraussetzung zu erinnern. Indem er ihnen den Weg zu Verhandlungen über Bedingungen zum Eintritt zeigte, wollte er ihnen den Entschluß zum Aufgeben ihrer Sonderstellung leichter machen. Zugleich aber suchte er die ganze Angelegenheit von allen Unklarheiten und Mißverständnissen zu befreien, indem er alle diejenigen Rechte und Vortheile für das Reich in Anspruch nahm, auf welche dasselbe einstweilen in Rücksicht auf die Hansestädte, aber in Hoffnung auf das baldige Fallenlassen ihrer Freihafenstellung verzichtet hatte.

Als seine auf den Eintritt Hamburgs in das Zollgebiet gerichteten Absichten im vorigen Jahre bekannt wurden, erhob zunächst die mit dem politischen Radikalismus vielfach verbündete, für Erhaltung einer Sonderstellung Hamburgs daselbst thätige Partei heftigen Widerspruch und wußte mit ihren Klagen über Bergewaltigung selbst bei sonst gemäßigten Männern Eindruck zu machen. In der That herrschte bald die Meinung, daß auf Hamburg ein unrechtmäßiger Zwang auszuüben versucht und es durch allerhand Mittel getrieben werden solle, sich gegen seinen Willen in eine seinen Interessen widersprechende Lage zu begeben.

Diese Meinung wurde namentlich von der Fortschrittspartei verbreitet, gepflegt und verwerthet; diese veräumte keine Gelegenheit, um dem »bedrohten« Hamburg anscheinend zu Hülfe zu kommen und diejenige Partei in Hamburg, welche sich dem Gedanken eines Zollanschlusses für alle Zukunft widersetzte, gegen den Kanzler zu unterstützen. Es wurde aus dieser Frage ein willkommener Vorwand zur Bekämpfung der Gesamtpolitik des Kanzlers hergeleitet und die Abneigung aller derjenigen Kreise gegen ihn in Bewegung zu setzen gesucht, welche sich dem trügerischen Gedanken hingeben, daß es in der Absicht der Reichspolitik liege, die verbürgten Rechte der Einzelstaaten zu schmälern und zu kürzen.

Die Regierungen der Bundesstaaten selbst freilich, welche am ersten über ihre Rechte zu wachen berufen sind, sahen keine Veranlassung, sich der Auffassung der Fortschrittspartei anzuschließen und die der zollpolitischen Einigung Deutschlands widerstrebenden Elemente in irgend einer Weise zu unterstützen. Sie erkannten schnell das eigentliche Wesen jenes Widerstreits, welches weniger in dem Eintreten für bedrohte Rechte als in dem Wunsche bestand, die Gesamtpolitik des Kanzlers lahm zu legen.

Leider ließ sich aber auch ein Theil der Liberalen von der Fortschrittspartei ins Schlepptau nehmen und verleiten, dem Kanzler die Verfolgung seines Ziels zu erschweren, indem sie wenigstens gegen sein Verfahren und die Art und Weise seines Vorgehens Einwendungen erhoben und es als nicht zweckmäßig und zum Ziel führend erklärten. Sie legten ihm Hindernisse in den Weg, anstatt ihm die Durchführung seiner nationalen Aufgabe zu erleichtern.

Was immer er in seinen Verhandlungen mit Hamburg erreichen zu können hoffte, wurde durch parlamentarische Dazwischenkunft zu vereiteln gesucht. So wurden auch auf An-

stiften der Fortschrittspartei in voriger Woche bei dem Bundesrath vom Reichskanzler beantragte Maßnahmen im Reichstage zum Gegenstand einer Verhandlung gemacht, die den Zweck verfolgte, einen Druck auf die verbündeten Regierungen und den Bundesrath auszuüben und ihnen ein bestimmtes Verhalten Hamburg gegenüber vorzuschreiben. Es entsprach durchaus dem Charakter dieser Bewegung, wenn die Fortschrittspartei ihren Antrag mit beleidigenden, gegen den Bundesrath gerichteten Verdächtigungen verfab. Es entsprach aber auch der Würde des Bundesraths, durch einen unzweideutigen Schritt Allen, welche sich schon an das Auftreten der Fortschrittspartei gewöhnt und das Gefühl über den Charakter ihres Verhaltens wohl theilweise verloren hatten, klar und deutlich zu machen, auf welche abschüssige Bahn blinde Parteileidenschaft führt, und in welches Verhältniß der Reichstag zum Bundesrath gerathen muß, wenn er den Eingebungen der Fortschrittspartei folgen wollte.

Während aber noch im Reichstag von Neuem behauptet wurde, daß die Art und Weise des Vorgehens von Seiten des Kanzlers niemals zum Ziele führen würde, waren zwischen den Vertretern des Reichszollgebiets und den Unterhändlern Hamburgs bereits die Grundlagen gefunden und vereinbart, welche als im beiderseitigen Interesse liegend erachtet wurden, um den Eintritt Hamburgs in das Zollgebiet in einer bestimmten Zeit zu ermöglichen.

In bundesfreundlichem Sinne waren die Verhandlungen geführt und in entgegenkommender Weise sind durch den vorläufig abgeschlossenen Vertrag Hamburg Bedingungen und Vortheile eingeräumt worden, welche beweisen, daß das Reich hierbei vornehmlich ein nationales ideales Ziel verfolgte und daß es wahrhaftig keiner Vertheidigung der Interessen Hamburgs bedurfte.

Der Präliminarvertrag mit Hamburg erhält erst Gültigkeit, wenn er von der dortigen Bürgerschaft genehmigt worden. Schon jetzt darf in der vorliegenden Einigung der Reichsregierung mit der Hamburger Regierung ein Grund zu der Hoffnung gefunden werden, daß auch die Bürgerschaft es vorziehen wird, ihrer Verpflichtung gegen das Reich wie gegen die Verfassung nachzukommen, statt sich von einer politischen Partei zum Sturmbock gegen die Reichsregierung und Reichseinheit mißbrauchen zu lassen.

Das bisher erreichte Ergebniß dient keinen Parteizwecken, sondern der deutschen Sache. Daß es erreicht wurde gegen den Willen und gegen den Widerstand der Fortschrittspartei, wird den Erfolg ebenso wenig beeinträchtigen, wie auch der Mangel an Zustimmung und Unterstützung von Seiten der Fortschrittspartei das Reich und seine Verfassung in keiner Weise beeinträchtigt hat.

Die Hamburger Frage wird hoffentlich Manchem die Augen über den Charakter der Fortschrittspartei öffnen, — einer Partei, welche sich den großen und idealen nationalen Aufgaben stets widersetzt hat und Alles aufbietet, um die Erreichung dieser Ziele zu verhindern. Zu gleicher Zeit aber hat die Hamburger Frage von Neuem auch die Ohnmacht der Fortschrittspartei zur Erreichung ihrer verderblichen Bestrebungen dargethan.

## Der Zollvertrag mit Hamburg.

Der Bürgerschaft von Hamburg ist von dem Senat in folgendem Mittheilung gemacht worden über den Inhalt des vorläufigen Vertrages zwischen Vertretern des Reichs und Vertretern der Freien Stadt Hamburg, betreffend den Eintritt Hamburgs in das Zollgebiet:

Für die Zwecke des Großhandels und der Exportindustrie verbleibt Hamburg dauernd ein bestimmter Freihafenbezirk. Derselbe wird